

Rückzug des Kreises aus der Mitfinanzierung des Schulessens

16-11-2015 12:46

Die Frauen des Frauenforums sprechen sich gegen den Rückzug des Kreises aus der Mitfinanzierung des Schulessens aus

Dieser Beschluss geht an der Lebenswirklichkeit vieler Familien in unserer Region vorbei. Gerade Familien mit niedrigem Einkommen, z.B. Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern werden durch die zusätzlichen Kosten in Bedrängnis gebracht.

Der Landrat rechtfertigt den Beschluss damit, dass die Bezieher von Bildungs- und Teilhabemitteln nicht betroffen sind. In unserem Landstrich mit vielen Billiglohn-Arbeitsplätzen sind es allerdings nicht wenige, die nur knapp darüber liegen und die trotz Arbeit nur mit Mühe ihre Unkosten bestreiten können. Das Schulessen ist Bestandteil des Konzepts Ganztagschule. Die Kommune, wie auch der Kreis stehen hier in der Verantwortung dies umzusetzen. Dass gute Ernährung und gut-denken-können einen engen Zusammenhang haben, ist wissenschaftlich schon lange erwiesen. Es geht aber darüber hinaus auch um die Erfahrung von gemeinsam essen, um Tischkultur und Tischmanieren.

Wenn Kinder vom Mittagstisch abgemeldet werden, weil es zu teuer ist, bedeutet das leider nicht, dass sie abends Zuhause nochmal warm essen. Es bedeutet auch nicht, dass sie ein adaequates Lunchpaket mitbekommen stattdessen. Es gibt seitens orthopädischer Ärzte eine Warnung, dass in den letzten Jahren verstärkt Patienten mit chronischen Rückenproblemen schon ab Mitte 30 behandelt werden müssen. Sie sagen: die Generation Fastfood ist herangewachsen und stellen einen Zusammenhang her zwischen schlechter Ernährung und der Skelettentwicklung. Langfristig gesehen bedeutet das für das Gesundheitssystem zusätzliche Kosten. **Die Frauen des Frauenforums protestieren deshalb gegen diese frauen- und familienfeindliche Kürzungspolitik und fordern daher den Landrat und den Kreistag auf, den Beschluss zurückzunehmen und ein vernünftiges Konzept für das Schulessen und seiner Finanzierung vorzulegen. Dabei ist auch die Gleichstellungsstelle zu beteiligen wie es die Landkreisordnung vorschreibt. In diesem Fall war sie nicht beteiligt worden, wie Landrat Dr. Bröhr nach einer Anfrage der Fraktion Die Linke zugeben musste.**